

Forderungspapier des Thüringer Landesvorstands vom 11. September 2022

## ***Der Winter der Solidarität: Energiekrise überwinden, soziale Härten abfedern und Ukraine helfen***

Der barbarische russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert an. Täglich sterben Frauen, Kinder und Zivilist\*innen. Täglich sterben Soldat\*innen, die diesen Krieg nicht gesucht haben. Und jeden Tag werden wir schmerzlich daran erinnert, wie fatal es war, dass uns unsere Vorgängerregierungen in Berlin abhängig von Russland gemacht haben. Für uns aber ist klar, dass wir uns als Gesellschaft von einem faschistischen Autokraten wie Wladimir Putin nicht spalten lassen, dass wir uns dieser Abhängigkeit nicht fügen oder anpassen, sondern davon so schnell als möglich befreien werden. Die aktuelle Situation muss uns zu einem schnelleren und konsequenteren Ausbau der Erneuerbaren Energien führen. Kurzfristig sind aber auch große Einsparungen von Strom und Wärme nötig. Dafür müssen wir uns alle anstrengen und die Lasten fair innerhalb der Gesellschaft verteilen. Die Verbrauchszahlen beweisen, dass wir uns als Gesellschaft dem Ernst der Lage bewusst sind und Energieeinsparungen bereits geschehen. Das soll und kann ausgebaut werden.

Wir stehen an der Seite der Menschen bei uns, die gerade von der Energiekrise und Inflation besonders hart getroffen werden. Viele Menschen, darunter vor allem Alleinerziehende und viele Rentner\*innen, Studierende und Auszubildende, die keine Rücklagen haben, kommen in existentielle Not. Und es trifft besonders Menschen in Ostdeutschland, in Thüringen, wo viele Menschen geringe Einkommen haben. Diese Härten wollen wir abfedern und treten für einen fairen Lastenausgleich ein. Wir begrüßen die bisherigen drei Entlastungspakete. Wir begrüßen, dass Zufallsgewinne abgeschöpft werden sollen und eine europäische Lösung für die galoppierenden Strompreise gefunden werden soll. Wir begrüßen, dass Menschen mit niedrigen Einkommen über gezielte Erweiterung und Erhöhung des Wohngeldes sowie eine Erhöhung des Kinderzuschlags entlastet werden. Doch das reicht nicht aus. Wir wollen und müssen die kommenden Monate zu einem Winter der Solidarität in Deutschland machen. Zusammen mit Bund, Ländern und Kommunen wollen wir zusammenstehen als eine Gesellschaft, die hilft.

*Um für die kommenden Monate eine faire Lastenverteilung in Thüringen zu schaffen, fordern wir von der Landesregierung daher folgende kurzfristig umsetzbare Maßnahmen:*

### **1. Wohngeld schnell und digital machen**

Das dritte Entlastungspaket sieht vor, den Anspruch auf Wohngeld ab dem 1. Januar 2023 deutlich auszuweiten. Damit auch möglichst alle Wohngeldberechtigten schnell ihren Anspruch geltend machen, braucht es unkomplizierte Antrags- und schnelle Bewilligungsverfahren, analog und digital. Das Land muss diese Digitalisierung jetzt zusammen mit den Kommunen schnellstmöglich auf den Weg bringen. Außerdem müssen die Heizkostenzuschüsse für Wohngeldempfänger\*innen so schnell wie möglich ausgezahlt werden. Andere Bundesländer machen es bereits vor. Die Kommunen sind ihrerseits aufgerufen, kurzfristig die Bearbeitungs- und Beratungskapazitäten zu erhöhen, um eine schnelle Bewilligung und Auszahlung zu gewährleisten.

### **2. Einrichtung eines landeseigenen Härtefallfonds**

Ob Lebensmittel, Heizung oder Benzin: Für Menschen, die ein geringes Einkommen haben, aber weder Grundsicherung noch Wohngeld erhalten, werden die steigenden Preise schnell zum existenziellen Problem - insbesondere wenn sie Kinder oder andere Angehörige zu versorgen haben. Um zu verhindern, dass Menschen zahlungsunfähig werden, muss das Land einen landeseigenen Härtefallfonds aufsetzen, um einzelfallbezogen unterstützend unter die Arme zu greifen.

### **3. Vereine unterstützen**

Soziale und gemeinnützige arbeitende Einrichtungen, Vereine und Verbände können Preissteigerungen nicht kompensieren. Um ihre wertvolle Arbeit nicht zu verlieren, braucht es für sie einen Schutzschirm, der die steigenden Energiekosten abfängt.

### **4. Ausbau-Turbo für erneuerbare Energien in Thüringen**

Erneuerbare Energien sind mittelfristig der einzige Weg aus der Energiekrise zu einer günstigen, zuverlässigen und autarken Versorgung. Deshalb muss Thüringen jetzt zu den

bereits beschlossenen Gesetzesänderungen der Bundesebene nachlegen und bestehende Hürden für einen zügigen Ausbau insbesondere von Wind- und Solarenergie beseitigen. Das bedeutet die Nutzung von Schadflächen (Kalamitätsflächen) in Forstgebieten zu ermöglichen. Die Gewinne hieraus können helfen den Waldumbau zu finanzieren. Die Mindestabstände zu Siedlungsgebieten sollen verringert, das Repowering von alten Anlagen planungsrechtlich vereinfacht und bestehende Informations- und Beratungsangebote erweitert werden. Wichtig ist auch, die Beteiligung der Bürger\*innen bei der Errichtung neuer Windkraftanlagen zu verbessern und die finanziellen Vorteile für die Gemeinden zu erhöhen. Bestehende Biogasanlagen müssen als grundlastfähige Form der erneuerbaren Energieerzeugung erhalten bleiben. Bundesförderungen für Solarthermie und Co. müssen im Land mit eigenen Förderprogrammen ergänzt werden.

## **5. Förderung von Energie-Einspar- und Effizienzmaßnahmen**

Jede eingesparte Kilowattstunde zählt, um die Kosten zu senken, die Abhängigkeit von fossilen Energien aus Russland zu verringern und den Klimawandel abzumildern. Steigerungen der Energieeffizienz sind das beste Mittel, um sich aus der Kostenspirale zu lösen. Bereits bestehende Instrumente (Beratung durch anerkannte Energieeffizienz-Expert\*innen, Solarrechner, Förderung für die Erstellung von Sanierungsfahrplänen) müssen dafür bekannter und niedrigschwelliger zugänglich gemacht werden. Für diejenigen, die es sich nicht leisten können zu sanieren, braucht es eine Aufstockung der entsprechenden Fördertöpfe in Bund und Land.

Zudem fordern wir einen zielgerichteten Aufbau für Energieberatung und energetische Sanierung, damit es in jedem Landkreis ein Vor-Ort-Angebot gibt. Zudem sollen auch die aufsuchende Energieberatung und Zuschuss- oder Gutscheinprogramme für den Austausch von Energiefressern im Haushalt für Menschen mit wenig Geld gestärkt werden. Vor allem sozial orientierte Wohnungsunternehmen und gemeinnützige Einrichtungen brauchen finanzielle Unterstützung bei der Umstellung auf klimafreundliche Energieversorgung.

Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass Verwaltungen für Land und Kommunen ihren Beitrag leisten und ihren Energieverbrauch schnell um 20 Prozent senken. Was Wirtschaft und Privatpersonen leisten sollen, muss die öffentliche Hand vormachen!

## **6. Löhne und Tarifbindung im Land erhöhen**

Zum 01.10. steigt der Mindestlohn dank der Ampelkoalition deutschlandweit auf 12 Euro. Davon profitieren viele Arbeitnehmer\*innen in Thüringen, wo überdurchschnittlich viele Geringverdienende arbeiten. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten müssen darüber hinaus auch die Tarife sowie die Löhne und Gehälter weiter steigen. Die Landesregierung muss daher zusammen mit den Sozialpartnern Lösungen zu den notwendigen Lohnerhöhungen finden und sich stärker für eine Ausweitung der Tarifbindung einsetzen.

## **7. Schutzschirm für Stadtwerke und kommunale Unternehmen**

Als Gemeinschaft müssen wir alles Notwendige dafür tun, dass unsere kommunalen Energieversorger nicht in finanzielle Schieflage geraten. Ein landeseigener Schutzschirm soll Thüringer Stadtwerke vor einer Insolvenz bewahren. Der Schutzschirm soll an eine Einzelfallprüfung gekoppelt sein sowie an die Bedingung, dass der Versorger zahlungsunfähigen Kund\*innen keine Energiesperren verhängt. Die kommunalen Energieversorgungsunternehmen sollen in die Pflicht genommen werden, Treiber der lokalen Energiewende zu werden. Auch für sozial orientierte Wohnungsunternehmen und andere kommunale Unternehmen sollen Bürgschaften und zinsfreie Darlehen vom Land bereitstehen, um die Liquidität sichern zu können.

## **9. 49 Euro Ticket – bezahlbare, klimagerechte Mobilität weiterhin fördern und ausbauen**

Das 9€-Ticket als Bestandteil des zweiten Entlastungspaketes sorgte, anders als zu Beginn erwartet, insbesondere für Entlastungen niedrigerer Einkommen. Daher bedarf es einer schnellstmöglichen bezahlbaren und einheitlichen Weiterführung in Form eines 49 Euro Tickets. Das Land muss sich an einer bundesweiten Lösung beteiligen. Außerdem bedarf es eines landesweiten Sozialtickets. Diese Co-Finanzierung des Ticketpreises darf aber nicht zu Lasten des dringend benötigten Ausbaus der Nahverkehrsinfrastruktur gehen. On-Demand Lösungen, wie kurzfristig verfügbare Rufbusse, können das Nahverkehrsangebot im ländlichen Raum stützen. Unser Ziel ist es, dass der öffentliche Personennahverkehr überall im Land so gut ausgebaut ist, dass alle Menschen wirklich die freie Wahl haben, wie sie mobil sein wollen.

Für mobile Menschen, die für kurze Strecken bisher auf das Auto angewiesen sind, kann der Umstieg auf ein E-Bike dauerhaft eine echte finanzielle Entlastung sein. Bestehende Förderungen für die Anschaffung von E-Bikes wollen wir daher aufstocken.